



Verband der
Schwesternschaften
vom DRK e.V.



Deutsches
Rotes
Kreuz

Hartz-IV-Empfänger in Pflegeberufe zu drängen ist keine Lösung

Stellungnahme des Verbandes der Schwesternschaften vom DRK e.V.

Berlin, 10. September 2010

Der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz kritisiert die Aussage von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, den Fachkräftemangel in der Pflege durch den Einsatz von Hartz-IV-Empfängern beheben zu wollen. Die Kritik teilt der Verband mit zahlreichen Berufsverbänden.

Der Verband der Schwesternschaften vom DRK e.V. erwartet, dass die Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen so gestaltet werden, dass die Attraktivität der Pflegeberufe steigt. Er erwartet Regelungen, die eine angemessene Personalausstattung in der Kranken-, Kinderkranken- und der Altenpflege ermöglichen; ebenso Regelungen für eine Vergütung, die der Qualifikation und Verantwortung der professionell Pflegenden entspricht.

"Wir dachten die Behauptung 'Pflegen kann jeder' sei Vergangenheit. Unsere Bundeskanzlerin hat uns eines Besseren belehrt. Doch es ist schier unmöglich annehmen zu können, dass wir Menschen - nur weil sie arbeitslos sind - in einem Beruf einsetzen, bei dem es um eine sach- und fachgerechte Ausführung der Pflege und Betreuung geht", so Sabine Schipplick, Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom DRK e.V. "Doch zu einem Zeitpunkt, an dem mehr als klar ist, dass intensiv und mit großer Priorität an der Aufwertung der Pflegeberufe gearbeitet werden muss, erhielten alle Beteiligten einen riesigen Dämpfer. Unsere Patienten und Bewohner haben ein Recht auf eine qualitätvolle Versorgung. Wie schwer diese schon jetzt bei den bestehenden Rahmenbedingungen zu erfüllen ist, zeigt die tägliche Arbeit." Sabine Schipplick weist darauf hin, dass Hartz-IV-Empfänger nicht ausgeschlossen werden sollen, sondern natürlich - nach entsprechender Aus- bzw. Umschulung - in einem Beruf der Pflege tätig sein können.

Der Verband der Schwesternschaften vom DRK e.V. fordert die Rückkehr zu einer sachbezogenen Debatte, um tragbare Lösungen für die Pflegeberufe zu finden. Verabschiedet werden muss ein Berufsgesetz, in dem prioritär der Pflege vorbehaltene Aufgaben definiert sind.